



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die
Mitglieder der
SPD-Bundestagsfraktion

Im Hause

Berlin, 24. Juni 2016

Brexit und seine Folgen

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach dem erschreckend deutlichen Votum für den Austritt des Vereinigten Königreiches („Brexit“) aus der Europäischen Union wollen wir euch unsere Einschätzung über dessen Bedeutung für die weitere Entwicklung der EU und der Beziehungen zu dem Land geben.

Die Europäische Union besteht weiter. Wir bleiben zusammen mit 27 Staaten. Nationalisten werden es nicht schaffen, den Kontinent zu spalten.

Kurzfristig überwiegt die Bestürzung. Nach den Großkrisen der letzten Jahre (Finanz- und Bankenkrise, Ukraine, Grexit-Gefahr) muss die Europäische Union eine weitere – in diesem Fall von der politischen Führung eines Mitgliedstaates selbstverschuldete – dramatische Zuspitzung bestehen. Das Referendum ist aus dem innerparteilichen Konflikt der britischen Konservativen entstanden und der Unfähigkeit ihres Vorsitzenden David Cameron, den zunehmend radikal auftretenden EU-kritischen bis -feindlichen Kräften die Stirn zu bieten. Viel zu spät hat Premierminister Cameron begonnen, sich für die Europäische Union einzusetzen. Er hat nun angekündigt, nur noch bis Oktober Regierungschef zu bleiben. Wer auch immer ihm nachfolgt und dem Land vorsteht, wird den Austrittsprozess formal einleiten müssen und dabei mit den Folgen der Spaltung und der im Wahlkampf geschlagenen, tiefe Wunden umgehen müssen.

Die Austrittsverhandlungen sind zügig und konsequent zu führen. Spätestens dann wird das Land einen Realitätsschock erleben. Die EU ist eben nicht nur der Gegenstand für Spott, Hämte und Überheblichkeit, so wie viele „leave“-Vertreter polemisiert haben. Sie ist vielmehr die Basis für den Wohlstand ihrer Mitgliedstaaten, öffnet Konsumenten und Unternehmern einen enormen Binnenmarkt und gibt den Menschen die Freiheit, zu leben, zu arbeiten oder ihren Ruhestand zu



genießen, wo immer sie wollen. Alle diese und weitere Vorteile stehen mit dem Austritt zur Disposition.

Gegenstand der Verhandlungen ist der Austritt des Vereinigten Königreiches. Es wird weder Nachverhandlungen geben noch einen bevorzugten Zugang des Landes zu den Vorteilen der Europäischen Union ohne die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Pflichten. Entweder fällt das Land auf die Grundregeln der WTO zurück. Oder aber es akzeptiert, sich den Regeln und Pflichten des Binnenmarktes zu unterwerfen und deutliche finanzielle Beiträge zu leisten. Gleichzeitig hätte das Land aber keine Mitspracherechte mehr. Norwegen oder die Schweiz wären hier mögliche Modelle. Der scheinbare Ausbruch aus den vermeintlichen Fesseln der EU würde wieder in den gleichen enden, nur jetzt ohne Einflussmöglichkeit. Aus unserer Sicht sind alle Optionen für das Vereinigte Königreich schlecht, aber wir respektieren die demokratische Entscheidung seiner Bevölkerung für den Austritt.

Langfristig bleiben die Aussichten gemischt. Die Europäische Union wird politisch wie wirtschaftlich den Austritt verkraften. Mehr Sorgen muss man sich um die Zukunft des Vereinigten Königreichs machen. Wirtschaftlich, weil das Ausscheiden das Wachstum dauerhaft behindern wird. Sozial, weil angesichts des ohnehin hohen Defizits und ohne die sozialen Schutzrechte der EU die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Hauptlast der Krise tragen werden. Und politisch, weil das Land quer durch die Gesellschaft in Vertreter der „leave“- und „remain“-Lager gespalten ist. Seine politische Führung wird gelähmt werden durch innerparteiliche Grabenkämpfe, insbesondere bei den regierenden Konservativen. Sogar eine Abspaltung des EU-freundlichen Schottlands erscheint möglich.

Politisch sind aus unserer Sicht fünf Botschaften wichtig:

- 1) Wir bedauern zutiefst den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, respektieren aber selbstverständlich die Entscheidung. Die Austrittsverhandlungen müssen schnellstmöglich beginnen, um Klarheit zu schaffen und die EU zügig vom Ballast dieser Debatten zu befreien. Wir werden diese Verhandlungen kritisch begleiten und darauf achten, dass dem Vereinigten Königreich keine Mitgliedschaft „light“ mit bevorzugtem Zugang zum Binnenmarkt ohne den dazugehörigen Pflichten gewährt wird.
- 2) Die Drohung mit Austrittsreferenden ist hochgefährlich. Sie taugt nicht als Mittel, um Zugeständnisse zu erpressen. Wer mit Austritt droht, wird damit nichts erreichen außer der Spaltung seines Landes und riskiert wohlmöglich den Verlust der Mitgliedschaft.
- 3) Sicher nicht heute, aber eher früher als später muss das Thema der Reform der Europäischen Union, insbesondere für eine Vertiefung der Eurozone, wieder auf die Tagesordnung. Uns selbst müssen wir darüber klar werden, welche weiteren Integrationsschritte wir nicht nur für notwendig halten, sondern welche wir auch tatsächlich wollen. Ohne Übertragung von Souveränität zu Gunsten ihrer gemeinsamen Ausübung wird dies nicht gehen.



- 4) Klischees, falsche Behauptungen, Irreleitung und Hetze müssen wir uns noch energischer entgegen stellen. Die sonst stattfindende schleichende Verzerrung der Wirklichkeit bereitet die Basis für eine öffentliche Auseinandersetzung, in der die Vernunft und die Fakten auf der Strecke bleiben.
- 5) Wir alle müssen sorgfältiger mit den europäischen Institutionen umgehen. Wer ihnen beliebig die Verantwortung für Probleme zuschiebt, etwa um von eigenen, innerstaatlichen Versäumnissen abzulenken, stärkt die Europa-Gegner und gefährdet die Akzeptanz der Europäischen Union als Friedens- und Wohlstandsgemeinschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Schäfer, MdB

Norbert Spinrath, MdB